

Politische Verantwortung und Kooperation in den Regionen: Chancen, Nutzen und Herausforderungen

Dokumentation der Gesprächsrunde 2 mit:

- **Tobias Huth**, Jugendbildungsreferent und kommissarischer Geschäftsführer des DGB-Jugendbüro für Südosthessen
- **Dr. Matthias Schulze-Böing**, Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach
- **Bernd Woide**, Landrat des Landkreises Fulda

Fragen und Moderation: Dr. Winfried Kösters

Herr Huth, wie sehen Sie die Rolle des DGB in OloV?

Huth: Das DGB-Jugendbüro sieht sich im Unterausschuss OloV des Landesausschusses für Berufsbildung in der Rolle eines Impulsgebers aus Sicht der Jugendlichen. Wenn ich in Schulen und Berufsschulen unterwegs bin, geht es darum zu hören, welche Anliegen die Jugendlichen haben und diese in den Unterausschuss hinein zu bringen. Zentrales Anliegen des DGB-Jugendbüros ist es, Jugendlichen in einer veränderten Arbeitswelt Perspektiven zu ermöglichen.

Wie erreichen Sie die Jugendlichen?

Huth: Der DGB als Dachverband hat verschiedene Ausschüsse, in denen wir uns mit den Jugendvertretern treffen. Da beim Übergang von der Schule in den Beruf nur 50 % eines Jahrgangs direkt in Ausbildung münden und die anderen oft im Übergangssystem landen, muss aus Sicht des DGB das Augenmerk auch auf der Verbesserung des Übergangs liegen. Es gibt z. B. gewerkschaftliche Projekte wie „Du bist mehr wert“, die in Schulklassen gehen und vor dem Übergang in Ausbildung gezielt informieren, wie es in den einzelnen Branchen aussieht: Gibt es da Tarifverträge, gibt es Betriebsräte? Denn Untersuchungen belegen, dass in Betrieben mit Betriebsrat auch die Ausbildung besser ist, weil diese Gremien auch über die Ausbildung wachen.

Herr Schulze-Böing, Offenbach ist Optionskommune, Sie sind u. a. Geschäftsführer des Kommunalen Jobcenters „Mainarbeit“, eines Eigenbetriebs der Stadt. Was ist in Bezug auf OloV die Aufgabe der Stadt Offenbach am Main, wie sehen Sie Ihre Rolle?

Schulze-Böing: Die Stadt Offenbach hat im Moment die Koordinierungsrolle. Diese hatte vorher die IHK, wir haben turnusmäßig gewechselt. Insofern koordinieren wir als Amt für Arbeitsförderung das ganze OloV-Netzwerk und sind in vielen Feldern aktiv.



Auch das Jobcenter ist ein wichtiger Partner, denn ein großer Teil der Jugendlichen, um die es bei OloV geht, ist in Offenbach in SGBII-Bezug.

Wie ist das OloV-Netzwerk strukturell angelegt?

Schulze-Böing: Die Arbeitsweise entspricht weitgehend der in den anderen OloV-Regionen. Es gibt einen Koordinator bei uns im Amt. Netzwerktreffen finden etwa alle zwei Monate statt, zusätzlich gibt es jedes Jahr eine zweitägige Klausurtagung, die immer sehr ergebnisorientiert ist. Dazwischen gibt es thematische Arbeitstreffen, in denen sich die Partner gegenseitig informieren, so dass jede Institution weiß, was die andere bewegt, was anliegt, was die Themen, was die Interessen sind. Das halte ich für ein wichtiges Ergebnis von OloV. Natürlich dient das auch dazu, Aufgaben zu koordinieren und Impulse für neue Aktivitäten zu geben. Das Offenbacher Hauptschulprojekt ist ein Beispiel, es gibt immer wieder neue Vorhaben.

Der Landkreis hat ein vitales Interesse am Übergang Schule – Beruf

Auch im Landkreis Fulda sind viele Institutionen im OloV-Netzwerk vertreten, u. a. der DGB. Herr Woide, Sie sind Landrat im Landkreis Fulda, wie verstehen Sie sich in Ihrer Rolle?

Woide: Man kann zunächst formal argumentieren: Der Landkreis hat eine Allzuständigkeit, d. h. er ist für alle öffentlichen Aufgaben zuständig. Wenn in diesem Bereich etwas nicht funktioniert, dann ist der Landkreis an vorderster Front derjenige, der das Ganze zu finanzieren hat, z. B. über das Jobcenter, über die Jugendhilfe, er ist auch Schulträger. Das heißt wir haben ein vitales, auch ökonomisches Interesse an diesem Übergangsszenario Schule – Beruf und arbeiten deshalb sehr engagiert mit. Wir koordinieren das gemeinsam mit den anderen OloV-Partnern. Wir haben im Landkreis Fulda den Riesenvorteil, dass die Strukturen auch räumlich kompatibel sind, da Kreishandwerkerschaft, IHK, Schulamts- und Arbeitsagentur-Bezirk identisch mit der Gebietskörperschaftskulisse sind, daher trifft man sich zwangsläufig.

Sie als Landrat betrachten das Ganze gewissermaßen aus einer Metaposition, da Sie nicht selbst Mitglied der Steuerungsgruppe sind. Ein Ziel ist ja, OloV noch stärker im kommunalpolitischen Bewusstsein zu verankern. Was müsste hierzu aus Ihrer Sicht passieren, damit Kommunalpolitiker sich noch stärker mit OloV identifizieren und dies in der jeweiligen strategischen Situation positiv aufgreifen und unterstützen?

Woide: An der Tatsache, dass ich heute hier sitze, sehen Sie, dass wir in der Region Fulda das Thema ernst nehmen. Im Landkreis Fulda liegt die Arbeitslosenquote derzeit bei 3,5 bis 4 %. Die bisherige Strategie, Fachkräfte aus anderen Regionen anzuwerben, z. B. aus Thüringen oder Franken, klappt immer weniger. Die Strategie konzentriert sich jetzt wieder stärker auf die Region. Dies ist ein wichtiges Thema der Wirtschaftsförderung, aber auch der Kreishandwerkerschaft und der IHK.

Was muss an Rahmenbedingungen positiv gesetzt werden, damit OloV funktioniert?

Woide: Wir sind als Landkreis nicht nur politisch involviert, sondern wir bringen unser gesamtes Know-how und unsere organisatorischen Möglichkeiten ein und leisten Unterstützung, auch über die Pflichtaufgaben hinaus. Ein Beispiel sind die Arbeitscoaches, die es im Landkreis Fulda als zusätzliches Angebot gibt, mit ausschließlich kommunalem Geld finanziert, um Jugendlichen mit

nicht so guten schulischen Leistungen die Möglichkeit zu geben, in nahe gelegenen Handwerksbetrieben vorbeizuschauen, und so vielleicht Klebeeffekte zu bewirken.

Das Prinzip der Regionalisierung ist eine Stärke der OloV-Strategie

Nun ist die Situation in den Regionen sehr unterschiedlich, z. B. beträgt der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in Offenbach 72 %, im Landkreis Fulda 23 %. Gibt es da spezielle regionale „OloV-Antworten“ auf die anstehenden Herausforderungen?

Schulze-Böing: Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Offenbach zeigt sich das Prinzip der Regionalisierung als eindeutige Stärke von OloV. Hier in Offenbach ist die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein ganz wichtiges Thema, in der Schule, in der Ausbildungsstellen-Vermittlung und auch in der Betreuung im Ausbildungsprozess. Wir arbeiten daher auch mit religiösen Gemeinden und ausländischen Vereinen zusammen, um Eltern besser zu erreichen. Für uns als Kommune ist es wichtig, dass wir die Talentreserven in der Region heben. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, Auszubildende z. B. aus Spanien anzuwerben, wenn wir vor Ort noch viele Talente haben, die wir mit etwas Förderung zum Ausbildungsplatz bringen können. Das muss unser Ziel sein, da sind wir den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Deswegen arbeiten wir auch engagiert in OloV mit.

Das heißt, wir brauchen stärker den Blick auch auf Menschen, die es bisher nicht geschafft haben. Wie bewerten Sie aus Sicht des DGB das, was in OloV bislang erreicht worden ist?

Huth: Ich stimme meinem Vorredner zu, man muss Reserven heben. Aber gerade die Diskussion um den Begriff der Ausbildungs(un)reife in den letzten Jahren hat gezeigt, wie schwierig solche Begrifflichkeiten sind. Jugendliche, die einen Hauptschulabschluss haben, sind in aller Regel fähig, auch eine Ausbildung zu beginnen und zu vollenden. Aber es gibt nach wie vor noch viele Jugendliche, die durchs Raster rutschen: Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit führt immer noch einen relativ hohen Prozentsatz von Jugendlichen mit „unbekanntem Verbleib“ auf. An dieser Stelle muss man versuchen, noch mehr zu tun, dieses Potenzial doch noch zu heben, auch schwierig erreichbare Jugendliche doch noch zu erreichen. Hier muss man Methoden und vielleicht eher aufsuchende Anspracheformen finden. Das sind wir auch den Jugendlichen schuldig.

Welche Modelle gibt es dazu in Offenbach?

Schulze-Böing: Wir verfolgen u. a. den Ansatz, das Thema Ausbildung, Berufsorientierung und Berufswahl in die Schule zu bringen. Möglichst wirksam, auch mit den benötigten Personalressourcen, um der Schule eine wirksame Hilfe zu geben. In Offenbach gibt es viele engagierte Schulen. Im Rahmen des Hauptschulprojekts haben wir nun zwei Modell-Hauptschulen ausgewählt. Wir machen die Erfahrung, dass sich die Anforderungen von Branchen und die Fähigkeiten der Jugendlichen durchaus zusammenbringen lassen: Der Markt muss sich von beiden Seiten bewegen. Die Alternative zu einem Bewerber von vor Ort ist für die Betriebe inzwischen nicht mehr der bessere Bewerber von außerhalb, sondern die Alternative ist der nicht besetzte Ausbildungsplatz. Die Jugendlichen müssen lernen, dass es ohne eigene Anstrengungen nicht geht. Auch die Familien müssen ihren Teil beitragen. Genauso muss sich die betriebliche Seite weiterentwickeln: Assistierte Ausbildung, Ausbildungcoaches etc. Diese Instrumente müssen wir in Zukunft noch stärker in den Blick nehmen, um das Ausbildungsproblem von der Angebotsseite wie von der Nachfrageseite zu lösen.

Ist das bei den Betrieben angekommen?

Woide: Bei uns in der Region ist das angekommen. Die „Einschläge“ sind da. Wir hatten gerade die Ausbildungsmarktkonferenz für die Region Fulda: Auf 100 potenzielle Auszubildende kommen 137 Ausbildungsplätze, das dürfte hessenweit ein Spitzenwert sein. Insbesondere die Handwerksbetriebe in den ländlichen Gebieten, z. B. in der Rhön, haben trotz voller Auftragsbücher schon ein Problem, Ausbildungsplätze zu besetzen. Wir machen hier Ausklärungsarbeit, indem wir mit der Handwerkskammer und der IHK sprechen, wir machen aber auch ganz konkrete Angebote, z. B. schon seit einigen Jahren das „Netzwerk Schule“. Schule hat eine bestimmte Aufgabe, aber es ist zielführender, wenn auch die Betriebe auf die Schulen zugehen. Auch die Elternarbeit ist wichtig. Ich nehme aber auch wahr, dass es sich bei dem Thema Elternarbeit spreizt: Übermotivation bei den einen Eltern, Desinteresse bei anderen. Wir haben uns auch das Thema Gymnasien auf die Agenda geschrieben. Die Gleichung „Hauptschule = Handwerk“ stimmt nicht mehr, die FAZ hat einmal getitelt: „Schock deine Eltern, werde Handwerker!“ Die Szenerie verändert sich.

Der Ausbildungsmarkt muss sich von beiden Seiten bewegen

Wo müsste es aus Ihrer Sicht hingehen, damit OloV auch in Zukunft erfolgreich sein kann?

Woide: Auf jeden Fall muss der regionale Ansatz weiter gestärkt werden. Man muss die Landesziele regional herunterbrechen, denn viele verschiedene Wege führen nach Rom. Beispielsweise mit Blick auf die Gymnasien geht es gar nicht darum, akademische Karrieren abzuschneiden, sondern im Gegenteil: Heute sind die Bachelor-Studiengänge kürzer, die Absolventinnen und Absolventen jünger als früher und könnten durchaus noch z. B. für Handwerksbetriebe gewonnen werden. Sehr wichtig ist die Arbeit mit den Eltern, um die Bilder im Kopf zu verändern. Anderes Beispiel: Duales Studium, da ist die Zusammenarbeit mit der IHK und der Kreishandwerkerschaft notwendig.

Schulze-Böing: Man muss schon sehen, die OloV-Netzwerke beruhen auf ehrenamtlicher Arbeit. Man könnte auch sagen: Das Land macht sich einen schlanken Fuß und feiert diese OloV-Netzwerke, die aber letzten Endes auf ganz geringem Mitteleinsatz beruhen. Wenn man das als erfolgreichen Weg identifiziert hat, muss man irgendwann auch sehen, dass man das von dieser Seite her absichert. Ich möchte das nicht vertiefen, es sollte nur einmal gesagt werden. Wenn ich nun Offenbach anschau, eine Stadt mit sehr vielen unterschiedlichen sozialen Problemlagen, mit einem sehr hohen Anteil an Migrantinnen, die unterschiedliche Erwartungen aus ihren Herkunftsländern mitbringen, dann geht es darum, zu informieren z. B. auch über Karriere- und Verdienstmöglichkeiten im Handwerk. Es gibt aber auch einen hohen zusätzlichen Förderbedarf, der nur mit kommunalen Mitteln nicht gedeckt werden kann. Eine Stadt wie Offenbach kann nicht, wie vielleicht der Landkreis Fulda, noch zusätzliche Angebote selbst finanzieren. In Offenbach muss mit kleinem Geld viel geleistet werden. Abstrakte Werbung wird hier nicht viel bringen, es muss vor Ort geleistet werden, von Menschen, die vor Ort bekannt sind und die tatsächlich auch greifbar sind vor Ort. Insofern führt an dieser Regionalisierung kein Weg vorbei, gerade für die Frage der Veränderung der Bilder im Kopf.

Wo müssten aus Sicht des DGB verstärkt Akzente gesetzt werden?

Huth: Ich selbst war auch bei der Ausbildungsmarktkonferenz in Fulda dabei. Man muss wirklich sagen, Fulda stellt eine Ausnahme da, weil es mehr freie Ausbildungsplätze als Ausbildungsplatzsuchende gibt. Man könnte hier z. B. Akzente setzen, indem man versucht, Jugendliche aus anderen Gebieten zu motivieren, beispielsweise in der Region Fulda ihre Ausbildung zu machen.

Wenn die Bedingungen bei den dortigen Betrieben gut sind und die Jugendlichen dies möchten, lassen sich hieraus auch längerfristige Perspektiven und Karrieren entwickeln. Allerdings stellt sich hierbei das Problem der Mobilität, bzw. der Fahrtkosten. Da lässt man die Kommunen derzeit ziemlich alleine, hier wären Unterstützungsangebote denkbar, z. B. ein Fahrtkostenzuschuss für Azubis. Genauso könnte man junge gut ausgebildete Fachkräfte aus Ballungszentren anziehen, indem Kommunen, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, z. B. attraktive Angebote für Kinderbetreuung schaffen. Es gibt schon Beispiele von Betrieben in ländlichen Regionen, die z. B. mit Übernahmegarantie und unbefristeten Arbeitsverträgen nach der Ausbildung werben. Junge Leute lassen sich durchaus an eine Region binden, in der sie drei Jahre lang ihre Ausbildung gemacht haben, wenn die Bedingungen dort stimmen. Diese Wertschätzung der Jugendlichen könnte in OloV unterstützt werden, indem man die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in den Regionen als gesellschaftspolitischen Auftrag auch seitens des Landes formuliert.

Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses als gesellschaftspolitischen Auftrag begreifen

Was halten Sie von der Option, Auszubildende aus anderen Ländern anzuwerben?

Woide: Das kann für Großunternehmen eine Option sein, aber nicht für den kleinen Handwerksbetrieb vor Ort. Ich glaube, wir müssen uns in OloV nicht nur um die Jugendlichen kümmern, sondern zunehmend auch um die Betriebe. Die Großbetriebe können das in der Regel noch selbst organisieren, aber für kleine Betriebe stellt sich die Frage, ist die Nachfolge geregelt, und die Frage, bilde ich überhaupt noch aus. Ich habe die Sorge, dass immer mehr Betriebe sich das Thema Ausbildung nicht mehr zumuten. Da müssen wir unterstützen, nicht nur die Auszubildenden, sondern auch vor allem die kleinen Betriebe. Beispielsweise durch Unterstützungssysteme, die Betrieben z. B. bei Ausbildungsproblemen Know-how zur Verfügung stellen.

Wie ist die Erfahrung in Offenbach, muten sich dort auch die Betriebe Ausbildung nicht mehr zu?

Schulze-Böing: Wir können das nicht bestätigen. Die IHK hat in Offenbach vor einiger Zeit eine sehr erfolgreiche Strategie entwickelt: „Internationale Unternehmen bilden aus“. Sie hat Betriebe mit ausländischen Inhabern, die bisher nicht ausgebildet hatten, gezielt dabei unterstützt, Ausbildungskapazitäten zu schaffen. Dabei ist eine nennenswerte Zahl an zusätzlichen Ausbildungsstellen entstanden, oft in sehr interessanten Betrieben, die besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund attraktiv waren, weil hier das transnationale Know-how, die Mehrsprachigkeit ein Wettbewerbsvorteil ist. Man muss sich darüber klar werden, dass es zukünftig immer weniger nur um Ausbildungsstellenvermittlung geht. Wir brauchen immer mehr ein Übergangsmanagement, das früh, schon in der Schule ansetzt, wo es um Berufsorientierung geht, dann den Übergang in Ausbildung organisieren hilft und die Betriebe dann mit ihren Auszubildenden nicht alleine lässt. Das wäre ein Wechsel von dem engen Blick auf den Ausbildungsstellenmarkt hin zu einem regionalen Übergangsmanagement. Dann können wir auch die Herausforderungen der Zukunft: steigende Qualifikationsanforderungen, dynamische Entwicklung der Berufsfelder, lebenslanges Lernen besser meistern als bisher.

Das bedeutet, dass die regionalen Zielvereinbarungen auch von allen Akteuren mitgetragen werden müssen?

Schulze-Böing: Zielvereinbarungen sind grundsätzlich etwas Gutes, man muss sie aber intelligent abschließen und intelligent leben, damit sie nicht zu einem seelenlosen Bürokratismus verkommen. Es ist eine gemeinsame Verantwortung von Land und Bund, den Städten, die von Zuwandererströmen und anderen Herausforderungen immer stärker betroffen sind, die Mittel an die

Hand zu geben, dass sie solche effektiven Systeme schaffen können. Sonst haben wir das Problem, dass die wirtschaftlich starken Regionen die anderen Regionen noch zusätzlich schwächen, weil sie gleichzeitig am Ausbildungsmarkt wettbewerbsfähiger sind. Da brauchen wir das Land und auch den Bund als ausgleichende Kraft. Und wir brauchen ein Bewusstsein, dass die Probleme nicht überall die gleichen sind, sondern dass es besondere Herausforderungen und Konzentrationen gibt, und dass Städte wie Offenbach etwas für das gesamte Land leisten. Die jungen Menschen, die hier integriert und in Ausbildung gebracht werden, stehen den Unternehmen in ganz Deutschland und Hessen zur Verfügung. Die Kommunen produzieren, wenn man so will, ein öffentliches Gut. Das muss stärker honoriert werden.

Die Bilder in den Köpfen verändern

Was wären aus Ihrer Sicht die Herausforderungen für die nächsten Jahre?

Huth: Ich würde gerne noch einmal etwas zu der vorherigen Frage sagen, ob es sinnvoll ist, Auszubildende aus anderen Ländern anzuwerben. Man darf nicht vergessen, dass es eine große Zahl von 20- bis 30-jährigen in Deutschland gibt, die aufgrund von gebrochenen Bildungs- und Erwerbsbiografien den Weg in den Arbeitsmarkt nicht gefunden haben. Diese Potenziale zu heben, ist natürlich etwas aufwändiger. Es ist aber sicher keine Lösung, junge Menschen aus anderen Ländern hierher zu holen, die diesen Ländern dann fehlen und die von einer Auszubildendenvergütung hier auch nicht leben können. Hier entstehen auch zusätzliche Kosten für Sprachkurse, spezielle Programme etc. Aus Sicht der Gewerkschaften kritisieren wir aber auch, dass auf der einen Seite über Fachkräftemangel geklagt wird, während es auf der anderen Seite nach wie vor eine Jugendarbeitslosigkeit gibt, nur 22 % aller ausbildungsfähigen Betriebe tatsächlich ausbilden und ausbildungswillige Jugendliche zum Teil im Übergangssystem landen.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Übergangsmaßnahmen so kurz wie möglich sind und dort wirklich nur die Jugendlichen hineinkommen, die solche zusätzlichen Maßnahmen unbedingt brauchen. Es gehört laut Berufsbildungsgesetz zur Aufgabe von ausbildenden Unternehmen, Jugendliche in der Ausbildung körperlich und geistig zu fördern. Hierzu müssen auch die Ausbilder in die Lage versetzt werden, dies pädagogisch umzusetzen. In diesem Sinne ist es Aufgabe aller Institutionen, die in OloV vertreten sind, so viele Jugendliche wie möglich in Ausbildung zu bringen und dort, wo Hilfe benötigt wird, um auf einem gewandelten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu bestehen, diese auch bereit zu stellen.

Kösters: Also: Talente, die wir hier vor Ort haben, stärker fördern. Auf der anderen Seite die Notwendigkeit, an dem Bild, das wir von Ausbildung haben, zu arbeiten und Unterstützung für Betriebe zu schaffen. All das könnte OloV leisten. Wir haben festgestellt, OloV hat schon viel geleistet: Wir haben eine Struktur, wir haben ein Miteinander. Aber es gibt auch noch viele Baustellen, die zu bearbeiten sind. Das habe ich als Fazit mitgenommen. Vielen Dank für das Gespräch!